

Schübelbach gibt Rote Laterne ab

Die bevölkerungsmässig grösste Märchler Gemeinde senkt die Steuern um 20 Einheiten. Ein Antrag der SP um eine Senkung von lediglich 10 Einheiten scheiterte klar.

Stefan Grüter

Das Budget von Schübelbach für 2026 sieht Ausgaben von 41,2 Mio. Fr. und Einnahmen von 40,6 Mio. Fr. vor, was ein Defizit von knapp 600 000 Fr. ergibt. Trotzdem ist so etwas wie ein Aufatmen feststellbar. Seit Jahren Schlusslicht der Schwyzer Steuerfuss-Rangliste, «können wir damit die Rote Laterne mit anderen Gemeinden teilen», sagte Säckelmeister Heinrich Züger an der Gemeindeversammlung vom Freitagabend in der Turnhalle Gutenbrunnen. Mehr noch,

führte später SVP-Kantonsrat Manuel Mächler aus, in drei Schwyzer Gemeinden wird künftig ein höherer Gemeindesteuerfuss zur Anwendung kommen.

10 oder 20 Prozent einer Einheit

Nicht einverstanden mit der vom Gemeinderat beantragten Senkung um 20 Prozent einer Einheit war die SP-Ortspartei. Ihre Sprecherin, Isabelle Ruoss, plädierte für eine geringfügigere Senkung um 10 Einheiten. Es stünden grosse Investitionen an, zudem müsse die Gemeinde aufgrund der kantonalen Steuergesetzrevision mit Mindereinnahmen rechnen. «Zudem

hat das prognostizierte Wachstum der Gemeinde nicht nur Mehreinnahmen zur Folge», so Ruoss. Alt-SP-Kantonsrätin Irene Kägi mahnte ebenfalls an, «nicht zu übertreiben». Schübelbach sei nämlich nur im Kanton Schwyz das Steuerfuss-Schlusslicht gewesen.

Manuel Mächler konterte: «Bei Ausgaben von 40 Mio. Fr. und einem Eigenkapital von 20 Mio. Fr. kann man analog zur Schwyzer Kantonskasse von zu viel Eigenkapital reden.» Eine Steuerfusssenkung habe auch einen psychologischen Effekt, indem die Märchler Gemeinde nun nämlich vom «Steuerhölle-Image» wegkomme.

Mit 93 zu 10 Stimmen beschloss die Gemeindeversammlung, den Steuerfuss ab nächstem Jahr für natürliche Personen von 170 auf 150 Prozent einer Einheit zu senken. Der Steuerfuss für juristische Personen bleibt bei 100 Prozent einer Einheit.

Sowohl das Gemeindebudget als auch die Budgets des Alters- und Pflegeheims Obigrueh, der Elektroversorgung und der Wasserversorgung wurden einstimmig gutgeheissen.

Wartgeld für Hebammen wird nochmals geprüft

Im Rahmen der allgemeinen Fragestunde ergriff Christine Fässler, freischaffende Hebamme, das Wort. Sie habe in Schübelbach den Gemeinderat gebeten, das Budget im Gesundheitswesen um 20 000 Fr. zu erhöhen, damit Schübelbach wie andere 26 von 30 Schwyzer Gemeinden künftig auch ein Wartgeld für Hebammen entrichtet. «Damit wird jungen Familien geholfen», so Fässler. Der Gemeinderat habe dieses Gesuch abgelehnt. Sie beantrage nun eine Wiedererwägung. Fässler schilderte Beispiele aus der 24-Stunden-/7-Tage-Bereitschaft der Hebammen und erntete damit den kräftigen Applaus der Versammlung. Gemeindepräsident Othmar Büeler versprach danach, das Anliegen nochmals zu prüfen.

Schliesslich erkundigte sich alt Gemeinderat Beat Steiner nach den Fortschritten in Sachen Autobahnanschluss

und -zubringer Wangen-Ost, der nach neusten Informationen nun statt «Wangen-Ost» «Siebnen» heisst, sowie nach der Schaffung von Parkplätzen im Dorf Siebnen, wofür eine durch Abgeltung gespiesene «Kasse» vorhanden ist. Letzteres sei in Bearbeitung, so Gemeindepräsident Büeler, und beim Autobahn-Anschlusswerk würden Schübelbach und Wangen Anfang Januar informiert.

Züger verzichtet auf Wiederkandidatur

Schliesslich bedankte sich am Schluss der Versammlung Säckelmeister Heinrich Züger bei allen Beteiligten und gab gleichzeitig bekannt, dass er nächstes Jahr nicht mehr kandidieren werde und in den «politischen Ruhestand» treten werde. Die Gemeindeversammlung dauerte rund zwei Stunden.

Die laufenden Gemeindeprojekte

Zu Beginn orientierten die Gemeinderatsmitglieder über anstehende Projekte:

- Zur **Verlegung der Bahnhofstrasse Siebnen** läuft laut Gemeindepräsident Othmar Büeler die vertiefte Planung.
- Im Januar wird – ebenfalls laut Büeler – das Resultat der **Vorprüfung der Standorte Chromenhof und Adlerwiese** für einen Altersheimstandort erwartet.

- Der **Treffpunkt Siebnen** für Jugendliche, der im Januar startete, ist gemäss Janine Bodmer eine Erfolgsgeschichte «für und mit der Bevölkerung».
- Mitte Januar starten die Arbeiten für die **Erweiterung der Schulanlage Gutenbrunnen**, so Büeler in Vertretung des krankheitshalber abwesenden Roman Bruggmann (krankheitshalber

abwesend war auch Leandra Spirig).

- Nadia von Holzen orientierte über das Schulprojekt **«erweiterter Lernraum»**, das rege genutzt werde.
- In der **Abteilung Gesellschaft/Soziales** zeigte sich Patrick Suter zuversichtlich, die **Personalsituation** in den Griff zu bekommen und die hohe Personalfluktuaton eindämmen zu können. Derzeit könne man mit

sogenannten Springern den gesetzlichen Auftrag erfüllen.

- Säckelmeister Heinrich Züger erläuterte das Vorhaben zur **«Ertüchtigung» des Alters- und Pflegeheims Obigrueh**. Das 1,6 Mio. Fr. teure Vorhaben werde aber erst angegangen, wenn die Stimmberechtigten über die Pluralinitiative «Ja zum Neubau Alterszentrum Baum des Lebens» abgestimmt haben. (fan)

Reichenburger stimmen gegen Steuererhöhung

Die Reichenburger Stimmbürger stimmten an der Gemeindeversammlung für einen Antrag, den Steuerfuss bei 150 Prozent zu belassen.

Urs Attinger

Der Steuerfuss war die umstrittene Entscheidung an der Gemeindeversammlung in Reichenburg. Der Gemeinderat argumentierte, dass in den kommenden Jahren Aufwandüberschüsse von mehreren Hunderttausend bis zu einer Million Franken pro Jahr anstehen und das Eigenkapital deshalb bedrohlich sinke. Deshalb sollte der Steuerfuss von derzeit 150% einer Einheit auf 160% angehoben werden, um «nicht Steuern auf Vorrat zu erheben, sondern die Gemeindefinanzen stabil zu halten», wie Säckelmeister René Schellenberg sagte.

Kantonsrätin Claudia Rickenbacher gab Schellenberg insofern recht, dass

es Mindereinnahmen gebe, wenn man den Steuerfuss nicht erhöhe. Sie rief jedoch in Erinnerung: «Sogar der «grosse Jammeri Schübelbach» hat eine Steuer-senkung um 20 Prozentpunkte beantragt. Mit 160% hätte Reichenburg den letzten Platz in Ausserschwyz und zusammen mit Lauerz, Illgau und Steinen auch den letzten Platz im Kanton.»

Ins gleiche Horn stiess Heinz Kistler. Schellenberg hatte vorgerechnet, dass die angestrebte Steuererhöhung etwa 430 000 Franken in die Gemeindekasse spülen würde. Im Alterszentrum «zur Rose» werde aber ein um circa 300 000 Franken höherer Ertrag als budgetiert erwartet, dann müsse der Gemeinderat nur noch 130 000 Franken einsparen, argumentierte Heinz Kistler.

Schellenberg entkräftete dies, indem er klarstellte: «Das Ergebnis zur Rose bringt uns nicht mehr Geld in die Kasse, es hilft uns nur, Schulden zu begleichen.»

Bei der Abstimmung über den Steuerfuss stimmten 80 Stimmbürger für den Antrag «Rickenbacher», den Steuerfuss auf 150% zu belassen, nur 40 Stimmbürger folgten dem Antrag des Gemeinderates, auf 160 % zu erhöhen. Somit sei fraglich, ob man alle geplanten Investitionen der kommenden Jahre durchführen könne, bemerkte Schellenberg nach der Versammlung.

Gemeindepräsident Armin Kistler führte zu Beginn der Versammlung neun Einbürgerungen durch. Sie

waren in der Versammlung unbestritten. Es gab jedoch Fragen, warum kein Foto mehr publiziert und warum die Konfession nicht angegeben werde. Armin Kistler begründete dies mit den neuen Datenschutzrichtlinien.

Mehr Geld für den Musikverein und zwei Urnenabstimmungen

Dem Musikverein Reichenburg wurde nach Antrag seines Präsidenten ein höherer Jahresbeitrag von der Gemeinde (neu 10 000 Franken) grossmehrheitlich zugestanden. Das Budget wurde genehmigt, wenn nun auch noch Änderungen nötig sind, weil ja der Steuerfuss nicht erhöht wurde. Das Projekt behindertengerechter Bahnhofplatz mit drei Buskanten mit

einer Ausgabenbewilligung von gut 1.2 Mio. Franken wurde ohne Wortmeldung an die Urne vom 8. März überwiesen. Das Projekt Spezialzone Rietwies für die Metzgerei Zett in der Landwirtschaftszone wurde von Gemeinderätin Stefanie Fluri vorgestellt. Hier geht es um die rechtliche Legitimation der über lange Zeit gewachsenen Metzgerei. Auch dieses Geschäft kommt am 8. März an die Urne.

Armin Kistler machte zum Schluss seine Bürgersprechstunden beliebt, wo er für Fragen oder Anliegen zur Verfügung steht. Er hofft, am Mittwoch, 29. April, an der Rechnungsgemeinde wieder viele demokratisch engagierte Bürgerinnen und Bürger begrüssen zu dürfen.

Leser schreiben

Lachner Steuererhöhung ist unnötig

Im November 2023 sorgte eine geplante Steuererhöhung um 3 auf 98 % landesweit für negative Schlagzeilen. Die Versammlung lehnte den Griff ins Portemonnaie deutlich ab, siehe Protokoll auf der GemeindeHomepage. Beim Vergleich Rechnungsjahr 2021 mit dem Voranschlag 2026 zeigen sich erhebliche Abweichungen. Die Einnahmen steigen um 50% und der Betriebsaufwand soll um 46% höher ausfallen. Allein die Verwaltungskosten werden 33% höher ausfallen. Ausgaben- und Einnahmensteigerungen müssen sich nicht die Waage halten, indem man letztere einfach erhöht! Bei der Analyse der Aufwand- und Ertragsentwicklung fällt auf, dass der Gemeinderat im Ergebnis gerne um

5 Mio. Franken (= 20 Steuerprozente) oder um +/-10% Abweichungen plant. Anstatt die Steuern um 10 % aufzustoocken, könnte bei Sparsamkeit der Steuerfuss schon um 5 auf 90% gesenkt werden und es wären immer noch Reserven vorhanden! Falls der Spatenstich zu den geplanten horrenden Investitionen führt, bleibt Zeit genug über eine moderate Erhöhung zu diskutieren, wie es bei den Vorlagen versprochen wurde. So kann der Gemeinderat zeigen, dass er das Sparen und nicht nur das Ausgeben versteht. Ziel ist und bleibt ein Steuerfuss, der Gutverdienende und Gewerbe nicht unnötig belastet und zugleich attraktive Zuzüger schafft. Es ist am Gemeinderat, ein erstelltes Budget auf Prioritäten zu korrigieren und nicht am Volk an einer Versammlung positionsweise Reduktionen zu erstreiten. Eine vorschnelle Steuererhöhung muss erneut vermieden werden, solange Sparpotenziale realistisch sind. Auf keinen Fall sollte mit Annahme der Steuererhöhung ein Zeichen für

ein weiterhin feuriges Ausgeben und falsches Budgetieren gesetzt werden.

Thomas Kälin, ex-Präsident RPK March und Spital Lachen, Lachen

Sinnlose Abschüsse

Zum Artikel «Die Schwyzer Wildhut hat die drei Wolfswelpen erlegt» vom 25. November.

Der Verein CHWOLF ist sehr enttäuscht über das Vorgehen des Kantons Schwyz. Trotz laufender Aufsichtsbeschwerde und einer Strafanzeige wegen illegaler Anfütterung, wurden die drei Wolfswelpen sinnlos abgeschossen. Ziel sei es, potenzielle Schäden an Nutztieren zu reduzieren und die natürliche Scheu der Wölfe gegenüber Menschen zu erhalten. Ende Oktober hat der Vorsteher des Amtes für Wald und Natur in der Sendung

Schweiz Aktuell noch gesagt, das Rudel sei unauffällig und halte sich nur im Kerngebiet auf. Unauffällige Wölfe müssen keine Scheu vor Menschen lernen und zukünftige potenzielle Schäden können mit Herdenschutzmassnahmen verhindert werden. Der präventive Abschuss von unauffälligen Wölfen ist ethisch und moralisch unhaltbar und nicht mit unserer Gesetzgebung und internationalen Übereinkommen vereinbar.

Die rein politisch- und agrarwirtschaftlich motivierten Abschüsse können sogar kontraproduktiv sein, wie diverse wissenschaftliche Studien belegen und zwei Beispiele im Kanton Graubünden bereits bestätigen.

In der letzten Regulierungsperiode wurde das gesamte Fuorn-Rudel geschossen, welches zuvor kaum negativ aufgefallen war. Einzig zwei gerisene Rinder wurden dem Rudel angerechnet, obwohl die DNA-Analysen dies nicht bestätigen konnten. Dieses Jahr haben sich rund um den Nationalpark drei neue Rudel gebildet,

welche sehr viele Schäden an ungeschützten Schafen verursachten. Ebenfalls in Graubünden hat das Muchetta-Rudel gemäss Kanton trotz vorjähriger Jungtierregulation in diesem Jahr mehrfach unerwünschtes Verhalten gegenüber dem Menschen gezeigt. Brisant ist, dass das Rudel vor der Regulierung jahrelang nie ein unerwünschtes Verhalten Menschen gegenüber gezeigt hat. Der Abschuss der Welpen hat beim Rudel nicht das vom Kanton erträumte Resultat (scheues Verhalten gegenüber Menschen) erzielt, sondern genau das Gegenteil bewirkt.

Statt aus diesen Erfahrungen zu lernen ist dem Amt bereits klar, dass wenn sich die Wölfe am Chöpfenberg weiter vermehren, auch im nächsten Jahr 2/3 der Welpen abgeschossen werden. Dies ohne Bezug auf Schäden oder eine unerwünschtes Verhalten. Diese Respektlosigkeit der Natur und einer geschützten Tierart gegenüber ist tragisch und macht uns wütend.

Christina Steiner, Präsidentin Verein CHWOLF, Wilen